

Zeitweise 6900 Personen in Kurzarbeit

Krisenzeiten Da die Erhebung der Kurzarbeitszahlen seit November noch immer läuft, stehen bislang erst die Zahlen für den Zeitraum zwischen März und Oktober 2020 fest. Diese zeigen aber schon deutlich, wie sehr die Unternehmen in Liechtenstein unter den Auswirkungen der Coronapandemie litten.

VON MICHAEL WANGER

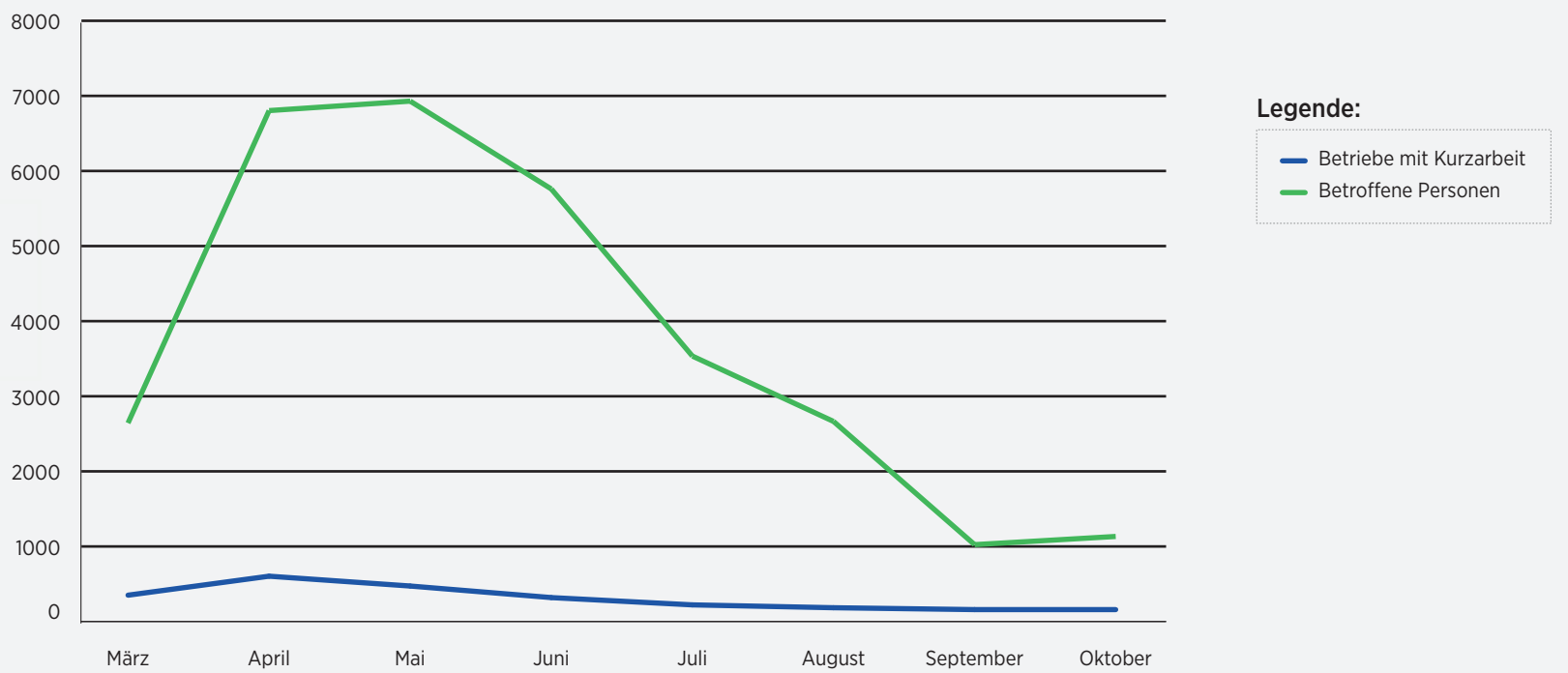
Es dauerte nicht lange, bis die ersten Unternehmen auf die Coronapandemie reagierten: Bereits wenige Tage, nachdem Liechtenstein im vergangenen März den ersten Fall verzeichnete, beantragte mehr als ein Duzend Betriebe beim Amt für Volkswirtschaft (AVW) Kurzarbeit. Dies war aber nur der Anfang. Nur einen Monat später erreichten die bewilligten Anträge ihren bisherigen Höchststand: Damals befanden sich 604 Firmen in Kurzarbeit. Von dieser waren zu jenem Zeitpunkt 6804 Arbeitskräfte betroffen. Im Mai waren es mit 6930 Personen sogar noch etwas mehr, obwohl in der Zwischenzeit «nur» noch 473 Unternehmen Kurzarbeit angemeldet hatten. Innerhalb dieser zwei Monate zahlte der Staat über 22,4 Millionen Franken aus. Zum Vergleich: Bislang flossen rund 47 Millionen Franken in die coronabedingte Kurzarbeit. Dies ergab eine Anfrage beim AVW. Mit der allmählichen Rückkehr zur Normalität ab Juni sanken die Anträge wieder. Die Wirtschaft nahm wieder etwas Fahrt auf. So, dass die Kurzarbeit im September mit 159 angemeldeten Betrieben und 1024 Betroffenen einen vorübergehenden Tiefpunkt erreichte. Im Oktober deutete der Trend allerdings wieder leicht nach oben. Da verläuft sich aber die Spur. Katja Gey, Leiterin des AVW, erklärt wieso: «Die Zahlen des Novembers sind noch nicht abschliessend, da die Unternehmen bis zu drei Monaten nach dem betreffenden KAE-Monat ihre Abrechnungen einreichen können.» Die Erhebung für den November läuft also noch. Konkrete Zahlen liegen somit nur für den Zeitraum zwischen März und Oktober 2020 vor.



(Symbolfoto: Michael Zanghellini)

Entwicklung der Kurzarbeitszahlen

Bewilligte Anträge seit Ausbruch der Coronapandemie in Liechtenstein bis und mit Oktober 2020*



* Unternehmen können Anträge bis zu drei Monate rückwirkend einreichen

Quelle: Amt für Volkswirtschaft; Stand: 18. Dezember; Grafik: mw

Insgesamt befanden sich in jenen acht Monaten 650 Betriebe in Kurzarbeit. Auffallend ist, dass 419 davon Kleinunternehmen (maximal neun

Mitarbeiter) waren. Geht es aber um die Höhe der Finanzbeiträge, kosten Grosse Unternehmen, sprich Firmen mit mehr als 250 Mitarbeitern,

den Staat am meisten: nämlich 23,8 Millionen Franken. In dieser Betriebsgrösse waren folglich auch die meisten Personen betroffen. Zwi-

schen März und Oktober befanden sich insgesamt fast 4000 Arbeitskräfte aus Grossbetrieben in Kurzarbeit.

Liechtensteiner Franken? Eigene Währung theoretisch möglich

Hintergrund Ein «Liechtensteiner Franken» als offizielles Zahlungsmittel? Prinzipiell wäre dies zwar sehr unwahrscheinlich - aber auch nicht völlig unmöglich.

VON HOLGER FRANKE

Es geschieht auch heutzutage noch gelegentlich: Man berichtet bei Ferienerreisen im Ausland oder manchmal auch bei Bestellungen jenseits des Schweizer Wirtschaftsraumes über Liechtenstein, und eher früher als später kommt der Schweizer Franken zur Sprache, was durchaus zur Verwirrung führen kann. Hierzulande ist der Fall natürlich völlig klar, offizielles Zahlungsmittel ist der Schweizer Franken. Aber warum eigentlich - und vor allem: Muss das auch weiterhin so sein? Eine Frage, die die Stiftung Zukunft.li bereits im Sommer in der Studie «Liechtenstein und die Schweiz: Eine gute Freundschaft - auch mit Ecken und Kanten», näher beleuchtet hat. Dabei wurde auch untersucht, ob eine eigene Währung für Liechtenstein Vorteile brächte.

Der Franken brachte viele Vorteile

Wie in der Studie erinnert wird, befand sich Liechtenstein am Ende des Ersten Weltkrieges in wirtschaftlichen Nöten. Aufgrund der Hyperinflation in Österreich mussten die Liechtensteiner massive Vermögensverluste in Kauf nehmen. 1924 übernahm Liechtenstein den Schweizer Franken und ersetzte damit die ös-

terreichische Krone als gesetzliches Zahlungsmittel. Erst mit dem Währungsvertrag vom 19. Juni 1980 wurde die Verwendung des Schweizer Franken als liechtensteinische Währung staatsvertraglich abgesichert. «Die Übernahme des Schweizer Franken nach dem Ersten Weltkrieg war eine der Rahmenbedingungen, welche den beeindruckenden wirtschaftlichen Aufstieg Liechtensteins begünstigt haben. Der Währungsvertrag von 1980 hat dieses Arrangement formalisiert», heisst es in der Studie.

Münzen dürfen geprägt werden

In diesem Währungsvertrag hat sich Liechtenstein verpflichtet, keine eigenen Banknoten herauszugeben, solange dieser in Kraft ist. Allerdings ist Liechtenstein im Einvernehmen mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement berechtigt, Münzen in Schweizer-Franken-Währung zu prägen. Viermal ist dies bereits geschehen - in Form von Gedenkmünzen. Letztmals aus Anlass des Jubiläums «300 Jahre Liechtenstein». Es bedarf jedoch keines besonderen Ereignisses: Auch eine laufende Ausgabe von Umlaufmünzen wäre mit dem Währungsvertrag vereinbar, da der Währungsvertrag das liechtensteinische Münzregal in keiner Weise einschränkt.

In ihrer Studie gehen die Verfasser vertieft drauf ein, welche Vor- und auch Nachteile die Anbindung an den Schweizer Franken hat und sie stellen die - theoretische - Frage nach anderen Optionen. «Die aktuelle Währungsverfassung mit dem Schweizer Franken als gesetzliche Währung ist nicht alternativlos. The-

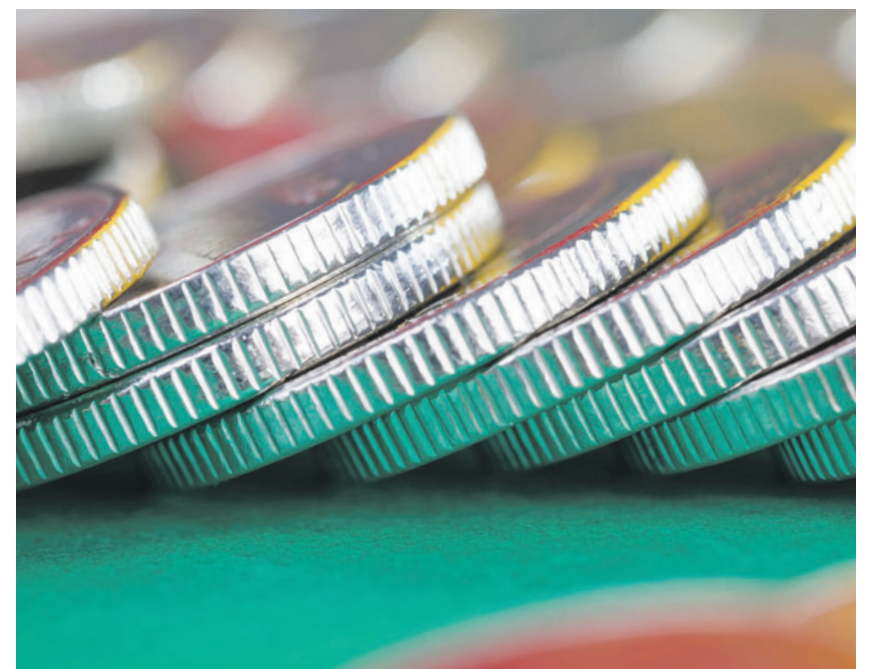
oretisch stehen Liechtenstein alle Gestaltungsoptionen offen, die nach internationalem Währungsrecht zulässig sind», schreiben die Verfasser. Voraussetzung für einen eigenständigen Liechtensteiner Franken wäre die Kündigung des Währungsvertrages sowie die Einrichtung einer liechtensteinischen Zentralbank. Diese würde liechtensteinische Münzen und Banknoten ausgeben, wäre für die Geldpolitik verantwortlich und würde die typischen Notenbankaufgaben wahrnehmen.

Klar sei, dass eine eigene Nationalbank demokratisch besser legitimiert wäre als heute die Schweizer Nationalbank. «Zudem hätte Liechtenstein einen Lender of Last Resort und würde gewisse Erträge aus der Ausgabe von Notenbankgeld einnehmen», heisst es in der Studie weiter.

Verschiedene Alternativen geprüft

Der Aufbau und Betrieb einer Notenbank wäre aber mit erheblichen Kosten verbunden. Ein Nachteil dieser Option wäre zudem, dass aufgrund des kleinen Währungsraumes bereits geringe Kapitalbewegungen einen erheblichen Einfluss auf die Wechselkurse hätten. Das Risiko grosser Wechselkursschwankungen wäre auch angesichts der Bedeutung des Finanzsektors relativ hoch. Für eine sehr kleine und sehr junge liechtensteinische Notenbank seien die Möglichkeiten einer aktiven Wechselkurspolitik zudem als sehr begrenzt einzuschätzen.

Als Alternative hat die Stiftung Zukunft.li ein sogenanntes Currency-Board-Regime geprüft. Hierbei wäre eine liechtensteinische Währung gesetzlich an eine Ankerwährung, beispielsweise an den Schweizer Franken, den Euro oder an einen Korb



Münzen darf Liechtenstein durchaus prägen lassen, aber eine eigenständige Währung dürfte kaum realistisch sein. (Foto: Shutterstock)

von Währungen gebunden. Die Währungsbehörde (Currency Board) dürfte Liechtensteiner Franken nur in dem Umfang ausgeben, in dem sie über Währungsreserven in der Ankerwährung verfügt. Beispiele für Currency-Board-Regime sind der Hongkong-Dollar mit dem US-Dollar oder der bulgarische Lew mit dem Euro als Ankerwährung. Die liechtensteinische Währung könnte in dem Fall zwar von der Stabilität der Ankerwährung profitieren. Allerdings würde Liechtenstein bei dieser Option weder über geldpolitische Autonomie noch über einen Lender of Last Resort verfügen, also als Kreditgeber letzter Instanz fungieren können. «Gegenüber dem aktuellen Zustand wäre wenig bis nichts gewonnen», halten die Verfasser der Studie fest.

Als dritte Alternative zur aktuellen Währungsverfassung nennt die Stiftung Zukunft.li eine Währungsunion. Denkbar sei ein Ausbau des Wäh-

rungsvertrages zu einer vollwertigen Währungsunion mit der Schweiz - einer «wohl optimalen Lösung für Liechtenstein». Entsprechenden Konzessionen der Schweiz in diese Richtung seien jedoch höchst zweifelhaft. Möglich wäre auch ein Beitritt Liechtensteins zur Europäischen Währungsunion (EWU) - doch auch hier spräche zu viel dagegen.

Das Fazit fällt eindeutig aus

Alles in allem bleibt es also somit wohl bei einem interessanten Gedankenspiel. Und so stellen auch die Verfasser der Studie fest: «Vorteilhafte Alternativen zur aktuellen Währungsverfassung Liechtensteins sind nicht erkennbar. Angesichts der engen Verflechtung mit der schweizerischen Volkswirtschaft und der weitgehenden Übereinstimmung bei wirtschafts- und fiskalpolitischen Themen ist die Einbindung in den Schweizer-Franken-Währungsraum die beste Option.»